

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 118 (2024)
Heft: 5

Artikel: "Unsere Vision - der demokratische Sozialismus"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1062572>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Unsere Vision – der demokratische Sozialismus»

Die SP Schweiz hat ihr Parteiprogramm 2010 zum letzten Mal neu geschrieben. Die Diskussion in der Partei und in der breiteren Öffentlichkeit war intensiv. Die Programmpunkte «Demokratischer Sozialismus», «Überwindung des Kapitalismus», «bedingungsloses Grundeinkommen» oder «Abschaffung der Armee» im Dokument unter dem Titel *Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie* entsprechen dem Anspruch einer Vision. Die *Neuen Wege* haben sechs Personen Kernaussagen aus dem SP-Parteiprogramm vorgelegt und sie um eine ganz kurze Stellungnahme zum Thema «Utopie Sozialismus und pragmatische Realpolitik» gebeten: Was heisst es, auch im 21. Jahrhundert von demokratischem Sozialismus zu sprechen?

Aus dem Parteiprogramm 2010¹:

Die SP Schweiz war und ist eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptieren will. Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet. [...]

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung. [...]

Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst des Menschen. [...] Wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und das faire Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert, in der wir gerne leben.

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gilt das Primat von Demokratie und Politik. [...] Es erfordert die Überwindung des Kapitalismus, der unsere Gesellschaft auf eine blosse Marktgesellschaft und die sozialen Beziehungen auf den blossen Tausch von Vorteilen reduziert. [...]

Den demokratischen Sozialismus verstehen wir als Vision, welche die heutigen Ungerechtigkeiten zu Gunsten einer

wirklich demokratischen Gesellschaft überwindet. [...]

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist als politischer Prozess zu verstehen und zu praktizieren, der im Hier und Heute ansetzt und den wir weiterentwickeln wollen. Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche.

Die Realpolitik holte die Partei übrigens rasch ein. Die Parteileitung bekam vor den eidgenössischen Wahlen 2011 kalte Füsse und betrieb den Wahlkampf kaum mit dem neuen Programm.

Der damalige Redaktor der *Neuen Wege* und SP-Politiker Willy Spieler hatte massgeblich an diesem Parteiprogramm mitgewirkt und die Debatte mitgeprägt. Er verlangte zusammen mit Stefan Howald in der *WOZ* von seinen Genoss*innen, dass die Visionen zur Politik würden: «Wir brauchen einen grundsätzlichen Wechsel von der <Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche> zur <Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche>. [...] Aber nun müsste die Partei mit der Umsetzung beginnen, hier und heute, auch und gerade im kommenden Wahlkampf. Wir schlagen vier Bereiche vor, in denen diese Demokratisierung vorangetrieben werden sollte: wirtschaftspolitische Steuerungen, Mitwirkungsrechte im Service public, Ausbau des Genossenschaftswesens sowie Förderung der wirtschaftlichen Mitbestimmung.»² In den *Neuen Wegen* definierte er den zentralen und umstrittenen Begriff des Programms eigenständig: «Demokratischer Sozialismus meint die Überwindung aller, nicht nur der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse, auch eine solidarische Ethik, eine neue Kultur und den Pluralismus der individuellen Lebensentwürfe sowie Offenheit für religiöse und weltanschauliche Überzeugungen.»³

1 sp-ps.ch/wofuer-wir-stehen/parteiprogramm, S. 15f.

2 Willy Spieler und Stefan Howald: *Arbeiten, konsumieren, mitbestimmen. Den demokratischen Sozialismus ernstnehmen*. In: *WOZ*, 12.5.2011, und in *Neue Wege* 7/8.2016, S. 10–13.

3 *Neue Wege* 6.2011, S. 173–176.

Sozialismus: tagtäglicher Kampf um die Würde des Menschen

Cédric Wermuth

Sozialismus bedeutet für mich nach wie vor, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Es geht also um die Freiheit und die Würde von uns allen. Es geht um die Freiheit von politischer Unterdrückung, Freiheit von gesellschaftlicher Bevormundung, Freiheit von ökonomischer Ausbeutung von Menschen und Natur. Spätestens die Klimakrise macht klar, dass sich diese Dimensionen von Freiheit nicht mehr voneinander trennen lassen. Wer die Klimakatastrophe abwenden will, muss die ökonomische Ausbeutung beenden. Wer die ökonomische Ausbeutung beenden will, muss den feministischen Kampf um die Aufwertung der Care-Arbeit ins Zentrum stellen.

Dieser Kampf um die Würde des Menschen findet tagtäglich statt. Und er manifestiert sich im wahrsten Sinne des Wortes im Erstarken der sozialen Bewegungen rund um den feministischen Streik, die Klimastreikbewegung und die Gewerkschaften. Ich plädiere dafür, die gemeinsame Idee des Sozialismus aufrechtzuerhalten. Aber sie muss konkret gefüllt werden. Die gemeinsamen Projekte liegen auf der Hand. Dazu gehört die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. So entreissen wir dem Kapital Lebenszeit und Ressourcen, drosseln das zerstörerische Wachstum und machen das Leben lebenswerter. Eine Perspektive sehe ich im Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge – des Service public – als Gegenmodell zur kapitalistischen Kommodifizierung, bei der alles zu einer Ware wird. Gerade angesichts der Machtkonzentration bei fossilen, digitalen und Finanzkonzernen bietet der Ansatz öffentlicher Dienstleistungen eine gemeinsame Perspektive für breite Bündnisse.

- Cédric Wermuth, *1986, ist seit 2011 SP-Nationalrat und zusammen mit Matteo Meyer Co-Präsident der SP Schweiz. Zusammen mit Beat Ringger hat er 2020 das Buch *Die Service-public-Revolution. Corona, Klima, Kapitalismus – eine Antwort auf die Krisen unserer Zeit* herausgegeben.

Feminismus im SP-Parteiprogramm

Mia Jenni

Die SP will in ihrem Parteiprogramm den Kapitalismus überwinden, das ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass dieser Bruch mit dem Begehren nach Demokratie und Sozialismus verknüpft ist. Das ist für mich als SPlerin und als Feministin der zentrale Punkt.

Inwiefern ist das Parteiprogramm nun feministisch? Den Feminismus muss man als Werthaltung, als Brille und als Aktivismusform verstehen. Die Werthaltung ist klar: Jede*r soll ein gutes Leben nach den eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten führen können. Dies bedingt die Abschaffung von Ausbeutung und damit der Klassengesellschaft. Ein Leben frei von jeglichen Diskriminierungen – sei es aufgrund der Sexualität, der Geschlechtsidentität, der romantischen Anziehung, der Haut- oder Passfarbe oder des Körpers – muss garantiert sein.

Durch diese Brille werden Machtverhältnisse sichtbar: Gleichberechtigung ist noch sehr fern, und echte demokratische Mitbestimmung fehlt. Nicht die Vielfalt zählt, sondern Personen mit Macht und Ressourcen geben den Ausschlag. So werden viele Bedürfnisse und Möglichkeiten nicht gehört. Deshalb ist die Verknüpfung zwischen der Überwindung des Kapitalismus und Demokratie im Parteiprogramm essenziell und feministisch: Echte Demokratie überwindet zwingend den Kapitalismus, der darauf beruht, dass jemand die Macht hat, den Mehrwert von anderen abzuschöpfen, Ressourcen anzuhäufen und sich über bestimmte Gruppen zu stellen, auch um sie umso stärker sexistisch und rassistisch ausbeuten zu können. Echte Demokratie ist hierarchielos.

Die Aktivismusform Feminismus schleudert die Utopie radikal in die Gegenwart. Dies geschieht nicht in Parlamenten. Das parlamentarische System ist weit davon entfernt, alle inkludieren zu können. Zu hoch sind die Schwellen fürs Wahlrecht, zu exklusiv der Parlamentarismus und zu familienfeindlich die Strukturen. Orte der radikalen Mitbestimmung und damit der Demokratie gibt es, beispielsweise in feministischen Kollektiven. Zentral dabei ist, dass das Ziel nicht der Kompromiss und die Uniformierung sind, sondern das Schaffen von Räumen der Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Es ist ein konstantes Aushandeln, Ausprobieren, Erweitern, Justieren. Die Bewegung ist das Ziel und nicht das

Festigen. Nur so bleibt Demokratie lebendig. So muss das Parteiprogramm auch gelesen werden: Kämpfe sind gleichzeitig und nicht hierarchisch geordnet. Wir setzen uns parallel für die Rechte von trans Personen, höhere Renten und einen sozial gerechten Klimaschutz ein. Dabei darf nicht der perfekte parlamentarische Kompromiss das Ziel sein, sondern nur das gute Leben für alle und die Demokratie. Das ist für mich die Vision des Sozialismus.

- Mia Jenni, *1995, ist Germanistin, Teil des Aargauer Feministischen Streikkollektivs, Grossrätin für die SP Aargau und führt das Sekretariat der SP queer.

Keine Reformen ohne grosses Projekt

Raul Zelik

Nach den Ursachen für den politischen Rechtsruck in Europa befragt, antwortete die albanisch-britische Philosophin Lea Ypi unlängst in einem Interview mit der Berliner Tageszeitung *nd*: «Die Linke hat das Projekt von universeller Befreiung und Sozialismus aufgegeben und stattdessen den problematischen Weg der Reform des liberalen Staats eingeschlagen. Sie repräsentiert keine antisystemische Alternative mehr, sondern versteht sich als *eine* Stimme der liberalen Institutionen.»

Ypi hat den Finger damit in die Wunde gelegt: Die sogenannte Realpolitik, also der Verzicht auf systemische Veränderungen und vor allem auf Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, ist keineswegs «realistisch». Zumindest nicht in dem Sinne, dass sich mit dieser Politik entscheidende Verbesserungen für die Bevölkerungsmehrheit erreichen liessen. Der «Dritte Weg» von New Labour in Grossbritannien und der deutschen

Sozialdemokratie in den 1990er Jahren hat die Zerschlagung öffentlicher Infrastrukturen beschleunigt und für ein Klima allgemeiner Verunsicherung gesorgt. Ohne diese neoliberale Politik wäre der Aufstieg der faschistischen Rechten kaum möglich gewesen. Wer die Marktkonkurrenz zum wichtigsten Handlungsprinzip einer Gesellschaft macht, darf sich nicht wundern, wenn sich Gewalt und Rücksichtslosigkeit Bahn brechen. Für den grossen Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi war das die entscheidende Lehre aus beiden Weltkriegen.

Selbstverständlich: Jeder Schritt, der Lebensbedingungen verbessert und es armen, machtlosen Menschen erleichtert, sich zu organisieren und sich zu wehren, ist sinnvoll. Doch jeder dieser Schritte muss hart erkämpft werden und braucht dafür einen politischen Horizont, der über das Bestehende hinausreicht. Nur wer begreift, dass der Kapitalismus zerstörerisch und undemokratisch ist, und auch andere davon überzeugt wird Verbesserungen durchsetzen können.

Der Sozialismus war und ist die politische Bewegung, die genau das vertreten hat: Wenn unsere Welt freier, ökologischer, friedlicher, solidarischer werden soll, müssen wir die Macht der grossen Vermögen und Konzerne zurückdrängen. Mehr demokratisches Gemeineigentum, mehr öffentliche Infrastrukturen, mehr soziale Grundsicherung für alle, mehr Gleichheit und Solidarität. Das ist eine Politik der ersten Schritte, aber auch der universellen Emanzipation.

- Raul Zelik, *1968, ist ein deutscher Autor, Übersetzer und Politikwissenschaftler. 2020 veröffentlichte er das Buch *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus*.

Keine Zeit mehr für ein langfristiges Ziel

Nicola Siegrist

«Unser Wirtschaftssystem und unser Ökosystem befinden sich miteinander im Krieg», meinte Naomi Klein schon 2014. Heute müssen wir festhalten: Dieser Krieg eskaliert weiter, zuungunsten unserer Lebensgrundlagen. Der Kapitalismus braucht die Unterwerfung der Menschen und der «Natur», um sich selbst zu erhalten. Während für Generationen die Überwindung des Kapitalismus aber ein Fernziel sein durfte, zwingen uns die ökologischen Katastrophen, dieses Ziel in der Alltagspolitik zu verankern. Die Ziele im Parteiprogramm der SP Schweiz sind also keineswegs veraltet, sie gewinnen mit jedem Tag an Wichtigkeit.

Die Antworten auf die ökologischen Krisen lauten demokratischer Sozialismus und Demokratisierung der Wirtschaft. Kollektive Lösungen, umfassende Demokratie und Gerechtigkeit statt Individualismus, Zerstörung und Leid. Es ist unumgänglich, endlich eine andere Wirtschaft zu bauen, eine, welche im Dienst der Menschen und der Umwelt steht. Die Wirtschaft der Reichsten hat zerstört, eine Wirtschaft der Meisten muss uns retten.

Für diese sozialistische Wirtschaft zur Sicherung unserer Zukunft müssen wir die aktuelle Wirtschaft grundlegend umbauen. Zentral ist selbstredend der Umbau des Energiesystems hin zu den erneuerbaren Energien. Dies ist jedoch keine rein technische Aufgabe, denn wir müssen gleichzeitig überhaupt erst die Grundlagen für ein ökologisches und gutes Arbeiten, Wohnen und Leben schaffen. Eine Demokratisierung bedeutet auch, dass die Diktatur der multinationalen Grosskonzerne ein Ende findet. Statt die Profitgelüste des globalen Kapitals zu stillen, müssen Unternehmen genossenschaftlich und demokratisch organisiert die Bedürfnisse aller Menschen ins Zentrum stellen. Diesen umfassenden Umbau der Wirtschaft finanzieren wir, indem wir die Reichsten endlich zur Kasse bitten.

Schaffen wir dies alles nicht, so droht uns die Wirtschaft der Reichsten mit in den Abgrund zu reissen. Machen wir also aus dem Abschnitt im Parteiprogramm eine Handlungsanweisung für den politischen Alltag.

○ Nicola Siegrist, *1996, war bis Ende Juni Präsident der JUSO Schweiz, ist Klimaaktivist und sitzt für die SP im Zürcher Kantonsrat.

Die ganze Gesellschaft an der demokratischen Diskussion beteiligen

Payal Parekh

Wir stehen an einem schwierigen Punkt. Die Folgen der Klimakrise werden immer spürbarer, und alles wird teurer, die Löhne jedoch stagnieren, ausser bei den Höchstverdienenden. Demokratie brauchen wir mehr denn je, um aus dieser Sackgasse zu kommen. Kann die Demokratie uns retten? Kann die Demokratie selbst gerettet werden?

Eine blühende Demokratie ist nicht eine, in der weniger als die Hälfte der berechtigten Bürger*innen abstimmen und in der ein Viertel der Bevölkerung gar nicht wählen darf, weil diese Menschen den Schweizer Pass nicht haben. Ein grosser Teil der Gesellschaft muss an Diskussionen über die Zukunft und am Mitgestalten von Lösungen beteiligt sein, nicht nur Politiker*innen und Expert*innen. Wie gut versteht die Politik die Realität einer Handwerkerin, eines Lehrers oder eines Bergbauern?

In Europa erleben wir gerade einen schrecklichen Rutsch nach rechts. Viele Leute fühlen sich vernachlässigt und abgehängt von der Politik. Sie wählen lieber Parteien, welche gut jammern und Sündenböcke ausfindig machen, anstatt echte Lösungen zu präsentieren.

Aber wenn ein wesentlicher Teil der Gesellschaft tatsächlich mitdiskutiert, statt dass Problemerkennung und Lösungen primär von Eliten erarbeitet und von oben nach unten weitergegeben werden, können wir erwarten, dass die Bevölkerung weniger anfällig für Populismus ist. Die erarbeiteten Lösungen – zu Klima, Migration oder Wirtschaft – werden 99% der Menschen dienen und sozialverträglich sein. Solche gerechten Lösungen sind die einzige Chance, Reichtum umzuverteilen und einen Planeten zu haben, der für alle Wesen bewohnbar ist.

Eine Vision eines demokratischen Sozialismus, die von unten kommt und von der Gesellschaft getragen wird, brauchen wir unbedingt. Ist die SP bereit, solche Räume der Diskussion und der Demokratie aufzutun?

○ Payal Parekh, *1973 in Indien, ist Klimaschützerin und Kampagnenberaterin und lebt in Bern.

Sozialismus – Notbremse zur Rettung des Lebens

Franz Segbers

Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der seine Geschichte und sein Scheitern reflektiert, kann kein Sozialismus der grossen utopischen Entwürfe mehr sein. Er wird Walter Benjamins Vorschlag ernst zu nehmen haben, dass die Revolution der Griff nach der Notbremse ist. Denn der Hochgeschwindigkeitszug des Kapitalismus rast auf einen Abgrund zu. Das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad seit Beginn der Industrialisierung zu begrenzen, ist gescheitert. Die Folgen sind dramatisch. Die Unbewohnbarkeit weiter Teile des Planeten rückt näher, wenn planetarische Grenzen überschritten werden. Sechs von neun dieser planetarischen Grenzen sind bereits überschritten. Die Folgen sind ökologische und soziale Katastrophen.

Die Hilfsorganisation Oxfam nennt unfassbare Zahlen für den Zusammenhang zwischen solchen ökologischen und sozialen Katastrophen: Lediglich acht Milliardäre besitzen so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Gleichzeitig ist das reichste zehn Prozent der Weltbevölkerung durch seinen Lebensstil und seine Investitionen für die Hälfte der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich, unter denen wiederum besonders arme und vulnerable Klassen zu leiden haben. Da zwischen der sozioökonomischen und der ökologischen Ungleichheit ein Strukturzusammenhang besteht, müssen sie zusammen angegangen werden. Deshalb ist die Klimafrage eine Klassenfrage.

Der Sozialismus der Zukunft muss ein nachhaltiger Sozialismus in einer ökologisch-sozialen, transformativen Demokratie sein. Ohne umfassende Wirtschaftsdemokratie und ohne soziale Egalität und Umverteilung ist Nachhaltigkeit nicht zu erreichen. Damit Demokratisierung auch Nachhaltigkeit garantiert, müssen die Produktionsentscheidungen demokratisiert und in Räten gesellschaftlich kontrolliert werden.

Während die Sozialismen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts Kinder der ersten industriellen Revolution waren, müssen sich die Sozialismen des 21. Jahrhunderts dem imperialen und ausbeutenden Zugriff auf die Natur und auf den Menschen entgegenstellen, wenn sie zur Rettung des Lebens beitragen wollen. Wohl nie zuvor in der Menschheitsgeschichte gab es eine solche Herausforderung:

die Rettung des Lebens selbst. Die Vernichtung des Lebens im Nationalsozialismus vor Augen, hatte der religiöse Sozialist Adolf Grimme im Jahr 1946 die Rettung des Lebens mit der Forderung verbunden: «Als Sozialist *kann* man Christ sein, als Christ *muss* man Sozialist sein.» Adolf Grimmes Forderung verschärft sich: Sozialist*innen und Christ*innen müssen zur Rettung des Lebens gemeinsam für einen Nachhaltigkeitssozialismus kämpfen. ●

○ Franz Segbers, *1949, ist Prof. em. für Sozialethik der Evangelischen Fakultät Marburg (D).